

Marc Kayser / Marc Limpach

# Überlegungen zur „Putschaffäre“ und zur luxemburgischen „Nachkriegsmalaise“

Am frühen Morgen des 2. August 1946, verhaften Beamte des Öffentlichen Sicherheitsdienstes, der *Sûreté*, die Offiziere, ehemaligen Resistenzler und Kämpfer in den alliierten Streitkräften, Robert Winter, Emile Krieps, Rudy Ensich und Jean Juttel, die man anschließend an unterschiedlichen Orten in Gewahrsam hält.<sup>1</sup> Wegen der Haltlosigkeit der Anschuldigungen werden die vier Offiziere noch am gleichen Tag aus der Haft entlassen. Auch der Lehrer und ehemalige Resistenzler Albert Wingert wird um 5 Uhr morgens in seiner Wohnung in Schifflingen durch die *Sûreté* verhaftet. „Attentat und Komplott gegen die Staatsform, innere Gefährdung der Staatssicherheit“: so lauten die Beschuldigungen, die gegen Albert Wingert am 1. August 1946 seitens der Staatsanwaltschaft erhoben wurden. Nach einer überhasteten Hausdurchsuchung wird Wingert sofort ins Grundgefängnis gebracht.<sup>2</sup> Noch am gleichen Tag ergeht seitens des zuständigen

Untersuchungsrichters eine *Ordonnance d'interdiction de communiquer* und Wingert wird insgesamt neun Tage in Isolationshaft verbringen. Nach fast dreimonatiger Untersuchung wird das Verfahren schließlich auch gegen Wingert eingestellt. Mangels stichhaltiger Beweise ergeht am 30. Oktober 1946

---

**Es ist nicht auszuschließen, dass sowohl die Berichte der *Sûreté* als auch eventuelle Anweisungen von Bech die Verdachtsmomente der Staatsanwaltschaft ausgelöst haben.**

---

eine *Ordonnance de non-lieu* in Sachen Wingert und somit kommt es nie zu einem Prozess um die Putsch-Anschuldigungen. Die Zeitung *L'Indépendant* stellt am 14. November 1946 wenig elegant fest: „Ein Putsch ist futsch.“ Doch was Emile Krieps später in eigener Sache bemerkt, gilt auch für Wingert und die anderen „Putschisten“: der persönliche Schaden der durch diesen Rufmord entstand, war nicht wieder gut zu machen.<sup>3</sup> Dass die vehemente und überstürzte Reaktion der öffentlichen Instanzen auf die unbegründeten Verdächtigungen gegen-

über den vermeintlichen „Putschisten“ zumindest das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzte, scheint evident.

Wie es zu den haltlosen Anschuldigungen kam, kann hier nicht im Detail erörtert werden.<sup>4</sup> Fest steht aber, dass der Unteradjutant der *Sûreté*, Jean Wictor, der während der Besatzungszeit seinen Dienst als Polizist weiter verrichtet hatte,<sup>5</sup> abenteuerliche Berichte über die „umstürzlerischen“ Aussagen und Aktivitäten des „Vorzeigeresistenzlers“ Wingert, und wohl auch über dessen Begegnungen mit Rudy Ensich, verfasst hatte.<sup>6</sup> Wictor sieht sich gerne im Dunstkreis der Resistenz, doch wird er hier, sehr zu seinem Ärger, nicht akzeptiert. Auch suchte Wictor die Nähe des umstrittenen Resistenzlers und ehemaligen Chefs der *Sûreté* „Monsieur Pierre“<sup>7</sup>. Ein abschließendes Urteil über Wictor, der – ob zu Recht oder Unrecht – von einigen ehemaligen Resistenzlern immer wieder persönlich angegriffen wird, lässt sich nicht fällen. Es ist jedoch sehr bedenklich, dass ein solch umstrittener wie auch persönlich involvierter und dadurch befangener Polizeibeamter politische Ermittlungen im Widerstandsmilieu ausführt.<sup>8</sup> Man kann mit einiger Sicherheit behaupten, dass Wictors Berichte ein Grund für die Entstehung des Putschverdachts, zumindest gegen Wingert und Ensich, sind.<sup>9</sup>

---

Marc Kayser hat Geschichte und Philosophie an der Universität zu Köln studiert.

Marc Limpach hat ein Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Strasbourg, Köln, Paris I und Cambridge (UK) absolviert.

Von beiden Autoren erschienen:

Wir glauben an die Demokratie – Albert Wingert, Resistenzler, *Éd. d'Letzebuurger Land, Luxemburg* 2004.

Des Weiteren ist es wohl kein Zufall, dass drei der Offiziere – vor allem Krieps, aber auch Juttel und Winter – im so genannten „Gomandprozess“ allesamt als „Kronzeugen“ gegen die drei als Zivilparteien implizierten Mitglieder der Londoner Exilregierung (Bech, Dupong und Bodson) aussagten. Im Widerstandsmilieu beklagt man daneben oft die politische Bedeutungslosigkeit der Resistenz und man äußert in Gasthäusern und auf unzähligen Versammlungen der verschiedenen Vereinigungen und Gruppierungen oft harsche Kritik an der innenpolitischen Entwicklung. Vor allem Wingert übt weiterhin schonungslose, wenn auch an manchen Stellen überzogen persönliche Kritik an den Luxemburger Nachkriegsverhältnissen. Insbesondere der „alte Klientelismus“ und die „Vetternwirtschaft der Parteien“, die offizielle Verwässerung des Resistenzbegriffs, demzufolge nun fast alle Luxemburger aktiven Widerstand geleistet hätten, die Durchführung der Epuration, die zeitweiligen Desannexionsabsichten der Luxemburger Regierung und der sterile „Hyperpatriotismus“ von Teilen der Resistenz in der Nachkriegszeit werden von ihm vielfach kritisiert. In den Siebzigerjahren erklärte der ehemalige Justizminister Victor Bodson dem Historiker John Blaschette dann auch bei den Recherchen zu dessen Arbeit über die unmittelbare Nachkriegszeit, die ganze Geschichte des Putsches hätte auf „dummem Geschwätz“ beruht und der damalige Außenminister Joseph Bech hätte daraufhin in einem Brief Anweisung gegeben, die „Putschisten“ zu verhaften.<sup>10</sup> Die Existenz eines solchen Briefs von Bech – der dann jedoch nicht (mehr?) in den Dossiers auftaucht – wird anscheinend durch Winter sowie den Anwalt von Emile Krieps bestätigt.<sup>11</sup> Es ist nicht auszuschließen, dass sowohl die Berichte der *Sûreté* als auch eventuelle Anweisungen von Bech die Verdachtsmomente der Staatsanwaltschaft ausgelöst haben.

Die falschen Putschanschuldigungen und die anschließenden Verhaftungen ändern sicherlich nicht den Verlauf der luxemburgischen Geschichte und werden von der Presse und Öffentlichkeit auch eher als *fait divers* um einige Heißsporne dargestellt und aufgenommen. Man schüttelt meist den Kopf über die angeblichen „Putschisten“ – der Großteil der Bevölkerung möchte nach den schlimmen Erfahrungen der Besatzungs-

zeit wieder zum Alltag übergehen. Dass eine kleine Minderheit von anscheinend unverbesserlichen Resistenzlern einfach nicht begreifen will, dass man die Kriegsgeschehnisse endlich hinter sich lassen soll, stößt bei den meisten Luxemburgern eher auf Unverständnis. Viele ehemaligen Resistenzler und KZler, die vor kurzem noch überall als Helden gefeiert wurden, sind damit nicht einverstanden. Daneben üben vor allem auch die Zwangsrekrutierten, die noch bis Mitte oder Ende 1945 in der Sowjetunion als Kriegsgefangene festgehalten wurden, politischen Druck aus. Für viele Luxemburger bilden die Besatzungsjahre jedoch

---

**Im Widerstandsmilieu beklagt man [...] oft die politische Bedeutungslosigkeit der Resistenz und man äußert in Gasthäusern und auf unzähligen Versammlungen der verschiedenen Vereinigungen und Gruppierungen oft harsche Kritik an der innenpolitischen Entwicklung.**

---

nur eine Klammer des Schreckens und man will vielerorts wieder an die rückblickend gesehen friedliche Zeit der Vorkriegsjahre anknüpfen. Der nach den Parlamentswahlen vom Oktober 1945 langsam einsetzende Normalisierungsprozess des öffentlichen Lebens und die einsetzende Restauration der gesellschaftlichen Verhältnisse ist einigen Resistenzlern und KZlern, die sich unmittelbar nach Kriegsende einen Neuanfang erhofft hatten, ein Dorn im Auge. Die „Putschaffäre“ ist somit auch der Endpunkt einer vor allem in Resistenzkreisen verspürten „Malaise“, die ab Mitte des Jahres 1945 (d.h. zum Zeitpunkt der Rückkehr vieler Resistenzler aus dem KZ) bis September 1946 öfters in der luxemburgischen Presse thematisiert wird. So versucht der Journalist und Präsident der Arbeiterpartei Michel Rasquin am 7. August 1946 – fünf Tage nach der Verhaftung der angeblichen „Putschisten“ – im *Tageblatt* die Gründe der Unzufriedenheit der, wie er meint, „besten unserer Resistenzler“ zu ergründen: „Unser Staat hat aus Angst, aus Opportunität, aus politischen Motiven den Geist der Resistenz außerhalb der eigenen Struktur gestellt: den Opportunisten geht es bei uns nicht schlecht. Sie

dominieren in der Wirtschaft, sie führen auch im Staat, der darauf verzichtet hat, das menschliche und nationale Kriegsethos im Frieden zu übernehmen. Er ist ein Verwaltungsstaat, herzlos, kalt unfreundlich. In der politischen Demokratie ist die Mehrheit ausschlaggebend. Die KZ'ler sind aber keine Mehrheit. (...) gibt es Werte, die nur für schwere Zeiten gelten, und gibt es für die besseren eine andere Moral? Oder überhaupt keine?“<sup>12</sup>

\*\*\*

Nach der Befreiung Luxemburgs am 10. September 1944 – und einem kurzem Interregnum in dem die *Unio'n vun den Letzeburger Freihëtsorganisatio'nen* (kurz *Unio'n*)<sup>13</sup> zwischenzeitlich für „Ruhe und Ordnung“ sorgte indem sie eine Vielzahl von Kollaborateuren verhaftete und die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln gewährleisten konnte – hatte die aus dem Londoner Exil zurückgekehrte Regierung die Amtsgeschäfte am 23. September 1944 wieder übernommen. Die Regierung unter Pierre Dupong wurde von der *Unio'n*, einem Zusammenschluss der vorwiegend patriotischen und nationalen Resistenz, heftig kritisiert. Die in der *Unio'n* regroupierten Widerstandsbewegungen wollten vor allem stärker in der Politik mitarbeiten und auch in der Regierung repräsentiert sein. Die Kritik beruhigte sich dann auch einigermaßen, als die Regierung sich durch die Aufnahme von Politikern, die der *Unio'n* nahestanden, geöffnet hatte.<sup>14</sup> Die kritischen Stimmen sollten jedoch wenig später wieder an Intensität gewinnen. Eine Tribüne für diese Stimmen bot die im Februar 1945 gegründete – und ab März 1945 tagende – so genannte *Assemblée consultative*.

Die offizielle Begründung für die Konstituierung der *Assemblée consultative* lautet wie folgt: « Considérant que la Chambre des Députés n'est pas en mesure pour le moment de remplir ses fonctions constitutionnelles ; Considérant qu'il est nécessaire cependant de donner à l'opinion publique un organe pour présenter ses suggestions et revendications d'une part et ses doléances et critiques d'autre part en ce qui concerne l'administration du pays ; Considérant qu'il est nécessaire aussi que le Gouvernement puisse s'expliquer avec les représentants de l'opinion publique sur sa politique générale et les mesures qu'il est appelé à prendre dans l'intérêt du

pays ; Considérant qu'il est indiqué de répondre à ces besoins par l'institution d'une Assemblée consultative, en attendant que les membres de la Chambre des Députés dont le mandat a été prorogé par arrêté grand-ducal du 7 juillet 1944, puissent siéger régulièrement ou qu'il puisse être procédé par des élections générales au renouvellement de la Chambre. »<sup>15</sup> Die Regierung wollte demnach der „öffentlichen Meinung“ ein Forum bieten, welches sie auch hauptsächlich nutzen konnte, um ihre politischen Maßnahmen bis zur nächsten regulären Kammerwahl zu rechtfertigen und zum Teil legitimieren zu können. Auch wenn die Ergebnisse der dort erfolgten Diskussionen nicht sehr ergiebig waren, so scheint es aus heutiger Sicht doch interessant, die dort oft angesprochenen Sachverhalte thematisch hervorzuheben.<sup>16</sup> Diese Themen betreffen Finanz- und Währungsfragen, allgemeine Versorgungsfragen, den Wiederaufbau, die Kriegsschäden, den Finanzhaushalt 1944/45, das Schulwesen, die Außenpolitik und vor allem auch die Frage der politischen Säuberungen.<sup>17</sup> Die Frage nach der Ausführung der Epuration ist jedoch verständlicherweise der am umstrittenste Diskussionspunkt.

Die Prozesse gegen die der Kollaboration angeklagten Luxemburger begannen am 9. April 1945. Bis zum 26. Juni 1945 wurden 116 Urteile gefällt. Die luxemburgischen Gerichtsinstanzen führten insgesamt 9 546 strafrechtliche Untersuchungen durch. In 5 242 Fällen erging ein Urteil, wobei es zu 2 275 Verurteilungen kam (23,83% aller untersuchten Fälle). Bereits am 30. November 1944 hatte die Regierung aber auch politische Säuberungsaktionen (*enquête administrative*) gegen Beamte angeordnet. Diese Aktion wurde bis Ende des Jahres 1945 auf andere Berufsgruppen ausgedehnt. Bis Mitte September 1946 waren fast 25 000 Dossiers zusammengestellt worden, und die zuständigen Kommissionen hatten bis zu diesem Zeitpunkt 22 144 Dossiers abschließend bearbeitet. In 870 Fällen (3,99%) kam es zu Beanstandungen, dabei wurden unter anderem Geldstrafen verhängt, ein Tadel ausgesprochen, die betroffenen Beamten wurden zurückgestuft oder – wie in 231 Fällen (1,3% der Beamten) geschehen – aus dem Amt entlassen.<sup>18</sup>

In diesem Zusammenhang bemängelt jedoch zum Beispiel der Sozialistische

Abgeordnete Jean Fohrmann bereits in der *Assemblée consultative*, dass nur die „kleinen“ Mitläufer verurteilt werden und die auf ihren Posten verbliebenen höheren Beamten, Verwaltungschefs und Wirtschaftsführer jedoch in den meisten Fällen an sich unbehelligt bleiben: „De Beurdélongsmâsstab fir eis Minsteren, Staatsbeamten an Wirtschaftsführer muss en aneren sin we' dé fir d'Arbechter an d'kleng Geschäftsleit, eben we'nt dem gro'ssen Önnerschéd an der Verantworg. (...) De' Leit, de' gefélt hun, muss we'negstens aus

---

**Nach Ansicht einiger Resistenzler sind vor allem die ehemaligen Minister der Exilregierung – mit Ausnahme des wenig kritisierten Arbeitsministers Pierre Krier – moralisch nicht legitimiert, das leidgeprüfte Luxemburger Volk zu regieren.**

---

dem Rampelicht erausgeholl gin, genau eso' we' verschidde Rîchter net me' siége'eren dürfen, well se collabore'ert hun. Ministeren, de' z.B. an der VdB waren, sin net me' op hirer richteger Plätz.“ Somit wird auch allgemein der Zeitpunkt der Mitgliedschaft in der Volksdeutschen Bewegung vielfach diskutiert. In diesem Zusammenhang sollte man jedoch mit Nachdruck unterstreichen, dass sich 1941 viele Beamte, um ihre materielle Existenz zu sichern, dem Druck der Zivilverwaltung beugten und den Antrag zur Aufnahme in die VdB stellten. Die Zahl der VdB-Anwärter war bereits bis Ende des Monats Oktober 1940 auf das vielfache in die Höhe geschwollen. Aus den anfänglich 600 Mitgliedern im August 1940 werden, nach Angaben des Chefs der Zivilverwaltung Gustav Simon, dann im September 1941 bereits 69 045. Der deutsche SD (Sicherheitsdienst) ließ sich durch diesen Zulauf nicht täuschen und urteilte, dass die Mitgliedschaft zur VdB oft aus Angst oder vielleicht Opportunismus und keinesfalls aus Überzeugung erfolge.<sup>19</sup> So meint denn auch der neue Epurationsminister Robert Als am 14. Juni 1945 vor der *Assemblée consultative*: « Messieurs, j'ai la douloureuse impression que nous nous perdrons dans des discussions stériles, hautement préjudiciables à l'intérêt du pays, et à

son prestige auprès des Nations alliées, si nous ne nous arrachons pas de force à ce complexe paralysant de la VdB qui empoisonne nos esprits et nos cœurs. »

Im Allgemeinen sind viele Resistenzler jedoch mit der vermeintlichen Milde gegenüber den luxemburgischen Kollaborateuren, und somit im Ergebnis mit dem bisherigen Verlauf der Epuration, nicht einverstanden. So meint auch Michel Rasquin noch im März 1946 im *Tageblatt*: „Die politische Säuberung ist bei uns misslungen. (...) Sie wird enden in einer Säuberung mit umgekehrten Vorzeichen, wobei die Epurierten zu Epurateuren werden. Wo die Kazettler betteln gehen zu den Opportunisten, wo der Maquisard und der Refraktär bemerken, dass sie Verspätung haben, wo die Umgesiedelten umsiedeln, weil andere sich breitmachen. Wo der arm Gewordene leihen geht bei den Kriegsgewinnler, wo der Mutige den Feigen oder sogenannten Realisten dient, wo Parteigenossen, waschechte Stiefelpreußen, in unseren Straßen herumspazieren und die patriotischen Idioten belächeln. Man wird die Verzeihung predigen und Güte und die große Nächstenliebe, damit diejenigen, die man die Verirrten nennt, wieder heimfinden in den Schoß der armen Heimat, damit es wieder ein Schafstall werde und ein Hirt. Oder ein Ochsenstall.“<sup>20</sup>

Wenn einerseits die Ausführung und das Resultat der Epuration von vielen Resistenzlern kritisiert werden, so muss man andererseits feststellen, dass man von offizieller Seite aus bemüht ist das ganze Luxemburger Volk als eine Einheit von Resistenzlern darzustellen – was natürlich die Rolle der aktiven Widerstandskämpfer minimisiert. So meint Premierminister Pierre Dupong bereits sinngemäß in der Sitzung der *Assemblée consultative* vom 5. April 1945, es sei doch wohl davon auszugehen, dass 95% der Luxemburger Resistenzler gewesen seien. Weiter führt er aus: « J'ai toujours défendu la thèse que le peuple luxembourgeois a résisté dans sa presque totalité, les uns de cette façon, les autres d'une autre façon, les uns par des actes d'héroïsme, les autres par les actes de résistance passive, et tous ceux-ci ont le droit de se réclamer de la Résistance. » Auch wenn das nationalsozialistische Regime in Luxemburg zweifelsohne bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung stieß, so scheint es ungerechtfertigt die

Definition des Widerstandsbegriffs so weit auszudehnen, um den Begriff der „Resistenz“ zur völligen Unschärfe zu entkräften. So unterstreicht der ehemalige Dachau-Häftling und spätere Politiker Robert Krieps im Vergleich des allgemeinen Begriffs des Naziopfers mit dem eines Resistenzlers: « (...) la victime ne sera résistant que dans la mesure où elle aura posé un acte volontaire s'opposant à la volonté de l'opprimeur et impliquant une volonté de changer la situation créée par l'occupation nazie. »<sup>21</sup> Die verallgemeinernde und vereinfachende – hier von Pierre Dupong vertretene – Position wird massiv (sowohl vor als auch nach der Rückkehr der luxemburgischen KZler im Mai/Juni 1945) verbreitet und man kann vermuten, dass dann kurz darauf auch die bevorstehenden Kammerwahlen bereits ihren Schatten voraus werfen. Die aktiven und in Widerstandsgruppen organisierten Resistenzler waren auch in Luxemburg eine Minderheit, und der Großteil der luxemburgischen Bevölkerung (und damit auch der luxemburgischen Wähler in der Nachkriegszeit) – der den Nazis zwar in den Besatzungsjahren negativ entgegenstand, ohne jedoch wirklich aktiven Widerstand geleistet zu haben – nimmt diese offiziellen Einschätzungen wohl eher wohlwollend zur Kenntnis.

Diese bewusst versöhnlichen Ansichten fordern natürlich auch einige besonders kritische Stimmen heraus. So finden „Aufklärungsversammlungen“ der Luxemburger Batterie<sup>22</sup> über angebliche Versäumnisse der Luxemburger Regierung während ihres Exils in London statt, in denen man deren sofortigen Rücktritt fordert. Die erste Versammlung organisiert man am 4. Juli 1945 in Luxemburg-Stadt, danach finden weitere Kundgebungen am 8. Juli in Esch, am 15. Juli in Diekirch und am 16. Juli in Differdingen statt. Die Versammlung in Esch verabschiedet eine Resolution, die auch von den Vertretern anderer Organisationen mitgetragen wird. Diese Resolution wird von allen Anwesenden einstimmig angenommen und von folgenden Personen, im Namen ihrer jeweiligen Organisation, unterschrieben: Thoss für die *Ancienne Batterie Démobilisée*, Simon für die *Association des Luxembourgeois en Grande-Bretagne*,<sup>23</sup> Schroeder für *Ons Jongen*,<sup>24</sup> Nati für den Vorstand der *L.P.P.D. (Differdange)* sowie Jéng Kayser für die *Groupe K-Z*

**D'Membere vun der  
Letzeburger Batterie  
invite'eren all gudd Letzeburger der  
OPKLÄRUNGS-  
VERSAMMLONG  
beizewunnen de' se e  
SONNDEG, 8. JULI 1945,  
um 3 Auer am Nouveauté-Palace zu Esch  
organise'eren**

**OP DEM ORDRE DU JOUR**

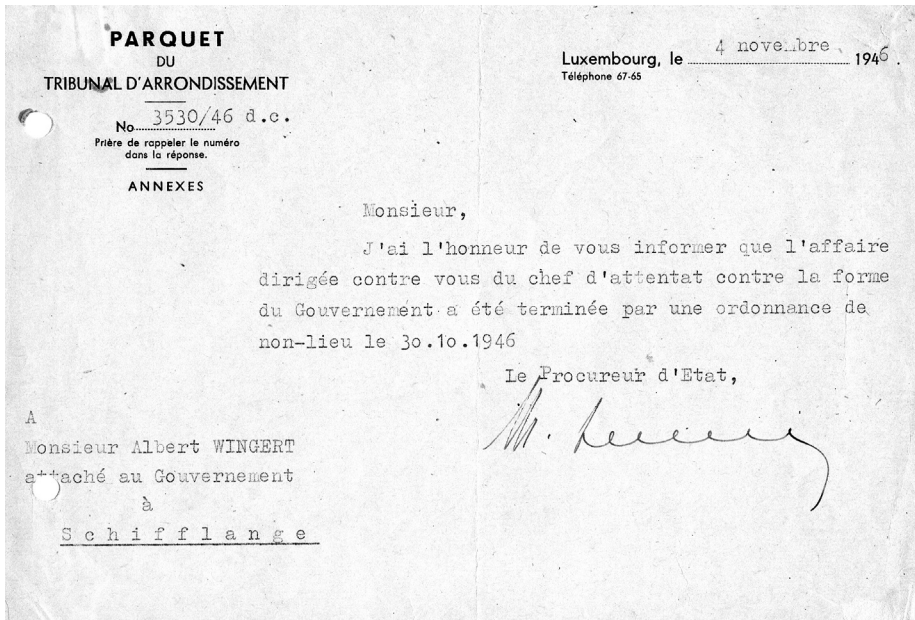
1. D'Entstoen vun der Letzeburger Batterie, Montpellier, Miranda, Portugal, Nordafrika, England, Normandie, Holland, Deutschland
2. D'Zukunft vun der Letzeburger Batterie
3. D'Forderungen vun der Letzeburger Batterie

**Memberen vun der Batterie, a Matarbechter aus Resistenzgruppen ergreifen d'Wuert.**

Wegen den Vorwürfen, die auf den Aufklärungsversammlungen gegen die Exilregierung erhoben wurden, erstattete die Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Verleumdung.

(*Schiffflange*) und schließlich Josy Goerres für die Resistenzgruppe der *Pi-Men*<sup>25</sup> und Albert Wingert für die Resistenzgruppe *ALWERAJE (groupe de Résistance Alweraje)*. Der Text der Resolution wird anschließend in gedruckter Form veröffentlicht. Darin heißt es unter anderem: « (...) L'Assemblée constate que le Gouvernement Luxembourgeois, qui, au contraire de tous les autres Gouvernements Alliés, voir même neutres, n'a pas encore présenté sa démission à la Souveraine et qui n'a jamais fait le moindre effort pour rendre des comptes détaillés devant les Représentants du peuple qui se trouvent actuellement avoir atteint le

quorum nécessaire pour reprendre leurs fonctions comme Chambre légalement élue, a perdu la confiance de la population et ne saurait plus, par conséquent, s'ériger en mandataire de celle-ci. Elle déplore que le Gouvernement actuel n'ait rien fait pour faire perdre au public l'arrière-goût de dictature qui est attaché à tous ses actes et rappelle étrangement au peuple les machinations fascistes du Gouvernement en 1937. Cette politique a trop handicapé nos relations normales avec un État Allié d'où nous aimerions voir revenir nos fils prisonniers<sup>26</sup> plutôt que de voir coller à leurs sièges nos Ministres. (...) Brochant sur



Aufhebung des Verfahrens gegen Albert Wingert

le tout, le Gouvernement s'est permis il y a peu de jours un acte arbitraire, (...) en poursuivant un éditeur pour avoir dit des vérités politiques incontestables. Les locaux du journal l' « INDEPENDANT », qui s'est vu refuser du papier-journal depuis près de six mois, ont été fermés, soi-disant pour manque d'autorisation de commerce, après une perquisition des lieux qui n'était pas dans les termes de la loi. L'assemblée dénonce formellement cette nouvelle violation flagrante de notre Législation de Presse, ancrée par ailleurs dans l'article 24 de la Constitution. (...) »<sup>27</sup>

Die neue Luxemburger Zeitung *L'Indépendant* war von Norbert Gomand unter Mitarbeit von Charles Gordian Troeller gegründet worden. Beide hatten während des Krieges Luxemburger Flüchtlingen, die in Franco-Spanien festsaßen, geholfen, England zu erreichen. In diesem Zusammenhang richteten beide in ihrer Zeitung schwere Vorwürfe an die Exilregierung, welche ihrer Meinung nach diese Flüchtlinge nicht genug unterstützt hatte. Auf Grund der auf diesen Versammlungen gehaltenen Reden leitete die Staatsanwaltschaft am 30. August 1945 ein Strafverfahren gegen Thoss, Dupont und Gomand wegen Verleumdung ein. Als Zivilparteien fungieren die angegriffenen Minister Dupong, Bech und Bodson. Der Prozess, in dem schließlich nur Norbert Gomand als Hauptangeklagter zurückbleibt, wird sich bis Ende März 1947 hinziehen. Gomand benennt 114 Zeugen, die

seine Ausführungen und Beschuldigungen beweisen sollen. Gomand wird am 29. März 1947 zu einer Geldstrafe wegen einiger seiner Äußerungen verurteilt werden.<sup>28</sup>

**Auch wenn es nach dem Krieg so manche offiziellen patriotischen Feiern gibt, so sind die einzelnen Naziopfer und Widerständler für viele Verwaltungsstellen nur ein Dossier, das es den amtlichen Verordnungen gemäß zu bearbeiten gilt.**

Am 7. Oktober 1945 finden in Luxemburg Kommunalwahlen statt. Kurz nach den Kommunalwahlen beginnt dann auch bereits die Wahlkampagne für die ersten freien Wahlen für die Abgeordnetenkammer am 21. Oktober 1945. Aus den Wahlen vom 21. Oktober 1945 geht ein Kabinett der „Nationalen Union“ hervor, das auf die größtmögliche Unterstützung im Parlament zählen kann. Trotzdem macht sich, hauptsächlich unter den ehemaligen Resistenzlern und Kriegsoptionen, eine gewisse Unzufriedenheit bemerkbar. Nach Ansicht einiger Resistenzler sind vor allem die ehemaligen Minister der Exilregierung – mit Ausnahme des wenig kritisierten Arbeitsministers Pierre Krier – moralisch nicht legitimiert, das leidgeprüfte Luxemburger Volk zu regieren. Auf Tref-

fen der ehemaligen Resistenzler wird hierüber diskutiert und man äußert in Gasthäusern und auf öffentlichen Versammlungen unverhohlen vehemente Kritik an den politischen Verhältnissen. Diese Unzufriedenheit mit der Regierung der „Nationalen Union“ findet jedoch kaum Niederschlag in der Abgeordnetenkammer. Dazu der Historiker Emile Krier: „Die Entscheidung für ein Kabinett der nationalen Union hatte zur Folge, dass die Regierung nun auf breiteste Unterstützung bei und aus der Bevölkerung zählen konnte, allerdings gab es nun keine parlamentarische Opposition zur Regierungspolitik mehr. Deshalb artikulierten sich Kritik, Unzufriedenheit und Widerstand vor allem im außerparlamentarischen Raume. Und die Regierung reagierte äußerst sensibel und gereizt auf Beanstandungen, Beschwerden und öffentlich geäußerten Missmut.“<sup>29</sup> In diesem Zusammenhang steht auch die unverhältnismäßige Reaktion einiger Minister und der ihnen zum Teil unterstellten Behörden in Bezug auf die falschen Putschanschuldigungen.

Marcel Engel bilanziert seinerseits die Putsch-Affäre und die Atmosphäre der Jahre 1945 und 1946 wie folgt: „*Les lendemains qui chantent*. Das war in tiefer Not die Hoffnung der von Hitler Drangsalisierten gewesen. In einem kleinen überschaubaren Land hätte ein vortrefflich demokratisches Gemeinwesen aufgebaut werden können. Alle warteten auf frischen Wind und große Fahrt. Doch keine Flut kam, immer nur Ebbe. Kein feuriger Geist fiel vom Himmel. Stickige Bodenluft breitete sich aus. (...) Gegen jedwede Erwartung errang das Gespann Dupong/Bech in den Kammerwahlen vom 21. Oktober 1945 einen beachtlichen Wahlerfolg. Die klerikale Wahlmaschine, nach 13monatigen Gefälligkeitsdiensten, war gut geölt. Die Partei hatte wohlweislich angesehene Männer des Widerstands auf ihre Listen genommen. Die Bürger, des politischen Gerangels müde, hatten sich in die solange entbehrte Privatsphäre zurückgezogen. Da doch nichts Besseres kommt, sagten sie sich mit altluxemburgischer Skepsis, bleiben wir notgedrungen beim leidlich Alten. Die Union der patriotischen Verbände, nach ersten guten Anläufen, hatte versagt. Wenig Ideengut. Vages zu Thron und Altar. Abgestanden Heimatbündlerisches, beängstigend Korporatives. Ein bisschen bürgerlich Liberales mit einer sozialreformerischen Prise

schlecht gewürzt. Allgemein die unmögliche Sehnsucht nach dem Damals der nationalen Jahrhundertfeier 1939, also restauratives Wunschdenken. Die bunte gemischte *Union* aus Vereinen, Bündnen, Ligen, Komitees, Statuten, Palaber, Umzüge, Resolutionen, unleserliche Zeitung, keine resolute Aktionslinie. Wackere Leute mit arglosen Kinderherzen. So aufrecht im Krieg, so krummbeinig im Frieden. Bei den Wahlen ließen sie sich als Vorspann gebrauchen von Leuten, die nicht mehr mit eigener Parteifahne auftreten wollten. Es ist ungerecht, dass die Sozialisten eine Niederlage erlitten, zum Vorteil der Kommunisten, denen der russische Kriegsrühm zugute kam. Dass die Sozialisten dennoch sich beschwatzen ließen, an der Regierung teilzunehmen, statt herzhafte Opposition zu leisten, ist dumm gewesen. (...) Aus der kurzen Konstellation einer *Union nationale* ergibt sich auch die Lehre, dass die demokratische Ordnung ohne parlamentarische Opposition stets in Gefahr ist. Jede Regierung will möglichst viel Autorität. (...) Im Jahre 1946 griffen die Regierungsherren freie Bürger an, die nicht devot mitmachten, wie Wingert, der kein Blatt vor den Mund nahm, und wie diese Offiziere, denen politische Trauer im Gesicht geschrieben stand. (Das herrliche Bild der Heimat, das sie in den Kämpfen gegen die Hitlerheere im Herzen trugen, war im Muff der Nachkriegspolitik vermodert. Aus dem Grab der schönen Täuschung wuchs bittere Enttäuschung.)<sup>30</sup>

\*\*\*

Bei Überlegungen zur Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit muss man sich somit die allgemeine politische Atmosphäre jener Zeit vergegenwärtigen. Ob die Versäumnisse, die man den Ministern der Exilregierung vorwirft, nun zum Teil gerechtfertigt sind oder jeder Grundlage entbehren – sei es in Bezug auf die in Spanien feststehenden Luxemburger Flüchtlinge, die Rückführung der KZler nach Luxemburg oder das Problem der kriegsgefangenen Zwangsrekrutierten in der Sowjetunion – die Betroffenen meinen jedenfalls teilweise politisches Kalkül und zumindest eine gewisse Kaltherzigkeit bei den verantwortlichen Ministern feststellen zu können, die ihre Unzufriedenheit natürlich verstärkt. Auch wenn es nach dem Krieg so manche offiziellen patriotischen Feiern gibt, so sind die einzelnen

Naziopfer und Widerständler für viele Verwaltungsstellen nur ein Dossier, das es den amtlichen Verordnungen gemäß zu bearbeiten gilt. Die Resistenz spielt im politischen Machtkalkül nach den – für Leute wie Albert Wingert sicherlich enttäuschenden – Wahlen von 1945 keine wirkliche Rolle mehr. Im Vordergrund stehen der wirtschaftliche Wiederaufbau Luxemburgs und die für Luxemburg wichtigen außenpolitischen Fragen. Der Großteil der Luxemburger zieht sich ins Privatleben zurück. Die Parteipresse ist vor allem an der guten Darstellung ihrer Leute in der Öffentlichkeit interessiert und der eher reißerische und skandalinteressierte *L'Indépendant* von Norbert Gomand kann – angesichts des anhaltenden Presseprozesses – nicht wirklich als objektiv und unabhängig gelten. Die Resistenzler und KZler sind eine

zerstrittene Minderheit, die Führung der *Unio'n* ist rückwärtsgerichtet und verbreitet zum Teil korporatistisches Gedankengut<sup>31</sup> – zudem finden sich in ihren Reihen einige Mitglieder, die erst relativ spät zum Widerstand gestoßen sind. Auch die *L.P.P.D.* – die anfänglich als Organisation der wahren Resistenzler gesehen wird<sup>32</sup> – kann sich nicht auf eine einheitliche Position einigen. Viele Unstimmigkeiten zwischen ehemaligen KZlern sind politischer Natur, einige Streitpunkte betreffen aber auch das Verhalten der ehemaligen Resistenzkameraden im KZ und insbesondere den vermeintlichen „Verrat“ im Gestapoverhör. Die daneben früh einsetzenden Streitereien zwischen Resistenzlern und Zwangsrekrutierten – vor allem um Kriegsentschädigungen – tragen ihr Übriges zur Spaltung der Naziopfer bei.

Protestplakat gegen die Verhaftung von Albert Wingert.



Eine einheitliche Demonstration der Kriegsgeschädigten, wie Albert Wingert sie für August 1946 plante,<sup>33</sup> hätte wohl nicht zustande kommen können. Zudem hätten diese Gruppen – nicht nur angesichts ihrer Zersplitterung, tiefen Zerstrittenheit und politischen Unerfahrenheit – keine politische Führungsrolle einnehmen können. Jedoch auch die generell abwehrende Haltung der Regierung in Bezug auf die Forderungen der Resistenz, ihr übertriebenes Misstrauen gegenüber einigen verdienstvollen Resistenzlern und die damit einhergehende Überwachung durch die Sûreté, die Verweigerung eines offenen und transparenten Dialoges mit den Resistenzorganisationen (vor allem nach den Wahlen vom Oktober 1945) und die restaurative Tendenz in der Nachkriegszeit, tragen wesentlich zur Verstärkung der „Malaise“ in Resistenzkreisen bei. In diesem Kontext muss man dann auch die panikartige und unverhältnismäßige Reaktion einiger Regierungsmitglieder in Bezug auf die unbegründeten Verdächtigungen gegenüber den vermeintlichen „Putschisten“ sehen. Die „Putschaffäre“ war somit sicherlich kein Lehrstück in Sachen Demokratie, Transparenz und Rechtsstaat. Dagegen wären jedoch eine größere demokratische Öffentlichkeit und Streitkultur in der unmittelbaren Nachkriegszeit sicherlich wünschenswert gewesen.

<sup>1</sup> Vgl. zu den zahlreichen Aktivitäten von Emile Krieps im Widerstand auch Relevé sommaire de l'activité du Capitaine Krieps pendant la guerre 1939-45 ANLux FD094:158. Unter Verdacht stehen anfänglich wohl auch Leutnant Dominique, der im belgischen Maquis eine Gruppe von Luxemburgern befehligt hatte, und das L.P.P.D.-Vorstandsmitglied Harles.

Vgl. Rappel 3/46, 3. Leutnant Dominique wird auch in der Kammersitzung vom 13. August von J. Fohrmann namentlich erwähnt und verteidigt; Compte rendu des séances de la chambre des députés du Grand-Duché du Luxembourg, Mardi 13 août 1946 (39<sup>e</sup> séance), 1473. Der Indépendant erwähnt auch noch den Namen von Ferd. Rischbach als einem weiteren möglichen Verdächtigen. L'Indépendant, 8. August 1946, 3.

<sup>2</sup> Vgl. H. Koch-Kent, Putsch in Luxemburg? Ein Schildbürgerstreich, Luxemburg (März) 1980, 12. Auch Nic Molling zufolge soll Wingert sofort ins Grundgefängnis gebracht worden sein. Vgl. ders., Unruhiges Luxemburg, Escher Tageblatt, 3. August 1946, 2.

<sup>3</sup> H. Koch-Kent, März 1980, 35.

<sup>4</sup> Vgl. M. Limpach/M. Kayser, Wir glauben an die Demokratie – Albert Wingert, Resistenzler, Luxemburg 2004 (Kapitel 9).

<sup>5</sup> Als sich Protest erhebt, dass Polizisten, die für die deutsche Kriminalpolizei arbeiteten, die Untersuchung über den „Putsch“ leiten, wird Victor gebeten, diesbezüglich Stellung zu nehmen. In seinem Bericht vom 9. August 1946 erklärt er, stets als guter Patriot gehandelt zu haben und dass in den Schulungsleh-

gängen der Polizisten in Deutschland „soviel Resistenz gemacht wurde, dass viele, die heute hier großtun, davor erröten müssten“, vgl. Bericht vom 9. August 1946, ANLux FD 094:24. Trotzdem verlangt eine Gruppe sozialistischer Abgeordneter unter Führung von J. Fohrmann in der Kammersitzung vom 13. August: « c) donner ordre que les agents de la gendarmerie, de la police et de la police secrète, dont l'attitude patriotique durant la guerre a donnée lieu à des critiques et fut sanctionnée par une réprimande, ne soient pas chargés d'enquêtes politiques. »

<sup>6</sup> H. Koch-Kent, März 1980, 22 und H. Koch-Kent, Putsch à Luxembourg?, Luxemburg (Januar) 1980, 55.

<sup>7</sup> Vgl. M. Limpach/M. Kayser, 2004, 293 ff.

<sup>8</sup> Des Weiteren gilt zu bedenken, dass die Sûreté den zuständigen Ministerien untersteht. Bodson ist sich dieser Problematik bewusst und am 8. August 1946 schreibt er an Staatsminister Dupong: « Les événements des derniers jours m'ont permis de penser sérieusement à la réorganisation de la Sûreté. Je vous avais soumis dès 1944 une proposition tendant – à l'instar des dispositions légales belges – à attacher la Sûreté au Parquet général. Je crois que c'est le moment de penser sérieusement à la réalisation de ces projets. » ANLux FD 094:24.

<sup>9</sup> Bereits in der Kammersitzung vom 13. August 1946 hatte Bodson auf die Berichte der Sûreté als eine der Quellen der Anschuldigungen verwiesen.

<sup>10</sup> Vgl. J. Blaschette, La relance de la vie politique au Grand-Duché de Luxembourg après la Deuxième guerre mondiale, Luxemburg 1976, 156 ff., vor allem 161, 162 und 163. Vgl. auch L'Indépendant, 19. September 1946.

<sup>11</sup> H. Koch-Kent, März 1980, 34.

<sup>12</sup> Vgl. M. Rasquin, Die Tragödie der Resistenz, Escher Tageblatt, 7. August 1946.

<sup>13</sup> Zur Unio'n, vgl. P. Dostert, La Résistance luxembourgeoise pendant la seconde guerre mondiale et la reprise politique de 1944/45, in: M. Polfer (Hrsg.), Les années trente, Luxemburg 1996, 44 ff. und M. Schoentgen, Die Resistenzorganisationen in Luxemburg nach dem 2. Weltkrieg, in: Les courants politiques et la Résistance: continuités ou ruptures?, Actes du colloque international, Esch-sur-Alzette, avril 2002, Grand-Duché du Luxembourg, Archives Nationales, Luxemburg 2003, 537 ff.

<sup>14</sup> Pierre Frieden am 23. November 1944, Robert Als und Guillaume Konsbruck am 23. Februar 1945; vgl. E. Krier, Luxemburg am Ende der Besatzungszeit und der Neuanfang, in: Kriegsende und Neubeginn: Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. (Geschichtliche Landeskunde, Bd. 46) Stuttgart 1997.

<sup>15</sup> Arrêté grand-ducal du 22 février 1945 ayant pour objet l'institution d'une Assemblée consultative. Mémorial, 22. Februar 1945.

<sup>16</sup> Vgl. allg. Compte rendu des séances de l'Assemblée consultative du Grand-Duché de Luxembourg, Session de 1945 (du 20 mars au 16 août 1945), Volume unique, Luxembourg 1945.

<sup>17</sup> Vgl. allg. P. Cerf, De l'épuration au Grand-Duché de Luxembourg après la deuxième guerre mondiale, Luxemburg, 1980.

<sup>18</sup> Für die angeführten Statistiken, vgl. E. Krier 1997, 88 ff.

<sup>19</sup> So schreibt E. Krier: „Nach Errichtung der Zivilverwaltung wurde die VdB von Gauleiter Simon gefördert und konnte dank des Drucks und der Drohungen des Chefs der Zivilverwaltung (CdZ) einen beachtlichen zahlenmäßigen Anstieg ihres Mitgliederstandes vermerken, von circa 600 Anhängern im August 1940 auf circa 20 000 Anfang November 1940 und auf 83 429 im August 1942. (...) Der SD warnte bereits im Dezember 1940, dass 90% aller eingeschriebenen Mitglieder (...) (der VdB) nur aus Gründen der Furcht und des Nutznießertums angehörten.“ E. Krier, Widerstand und Kollaboration, in: Ministère

des affaires culturelles (Hrsg.), Lëtzebuerg 40 Joër fréi, Luxemburg 1985, 38. Vgl. auch P. Dostert, Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe: die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940-1945, Luxemburg 1985, 235 ff.

<sup>20</sup> M. Rasquin (Präsident der Arbeiterpartei 1945 bis 1951), Entweder-Oder, Escher Tageblatt, 5. März 1946.

<sup>21</sup> R. Krieps, Respecter la vérité historique, Rappel 1-3/1985, 7.

<sup>22</sup> Im März 1944 waren rund 70 Luxemburger Freiwillige der belgischen Groupe d'Artillerie der 1<sup>re</sup> Brigade belge „Libération“ (Brigade Piron) zugewiesen worden. Im Rahmen dieser Gruppe entstand die Luxembourg Battery. Die Soldaten der Luxembourg Battery sind vor allem Flüchtlinge aus Luxemburg, oft Refraktäre, welche meist über Frankreich und Spanien nach England gelangten.

<sup>23</sup> Die Association des Luxembourgeois en Grande-Bretagne war am 10. Mai 1944 von Henri Koch-Kent und Armand Schleich im Londoner Exil gegründet worden. Man versuchte den Zusammenhalt der in Großbritannien weilenden Luxemburger zu gewährleisten. Die Vereinigung war gegenüber der Exilregierung kritisch eingestellt, der man „Interesslosigkeit am Schicksal ihrer Landsleute“ vorwarf. Vgl. H. Koch-Kent, Der parteilose Einzelgänger – Henri Koch-Kent im Blickfeld seiner Zeitgenossen, Luxemburg 1990, 35 ff.

<sup>24</sup> Zu der Vereinigung der Zwangsrekrutierten, die seit Dezember 1944 die Zeitschrift Ons Jongen herausgibt, vgl. allg. F. Lorang, Ons Jongen: das Vermächtnis einer Jugend, Rümelingen Zwangsrekrutierte (Hrsg.), Luxemburg 1982, zitiert bei P. Dostert 1996, 50; vgl. auch M. Schoentgen, Zwischen Erinnern und Vergessen, in: Le Luxembourg des années 50, Luxemburg 1999, 281 und E. Krier, 1997, 74.

<sup>25</sup> Vgl. J. Dollar, Josy Goerres et les PI-MEN dans la Résistance, Luxemburg 1986. Vgl. auch allg. G. Meyers, La Résistance luxembourgeoise et le renseignement de 1940 à 1944, (Mémoire de maîtrise), Paris IV 1999, 75 ff.

<sup>26</sup> Vgl. allg. J. Feider, Les enrôlés de force luxembourgeois dans les camps soviétiques, Mémoire de maîtrise Paris IV, 2001.

<sup>27</sup> Plakat der Resolution, vgl. M. Limpach/M. Kayser, 2004, 268 ff.

<sup>28</sup> Zum „Gomand-Prozess“, vgl. H. Koch-Kent, Halte à la falsification de l'histoire – Le Procès Gomand (1945-1947): 114 témoins contre le gouvernement luxembourgeois en exil, Luxemburg 1988 und R. Roemen, Aus Liebe zur Freiheit, 150 Jahre Liberalismus in Luxemburg, Luxemburg 1995, 220.

<sup>29</sup> Vgl. allg. E. Krier 1997, 76. Für die Nachkriegssituation in Belgien, Holland und Frankreich, vgl. auch allg. P. Lagrou, The Legacy of Nazi Occupation, Cambridge 2000.

<sup>30</sup> M. Engel, Als die Regierung putschte, Lëtzeburger Land, 23. November 1979.

<sup>31</sup> Vgl. Albert Wingerts Kritik dazu in Ons Zeidong Nr. 33.

<sup>32</sup> Vgl. P. Dostert 1996, 49 ff.

<sup>33</sup> Wingert hatte versucht, eine große Demonstration aller Resistenzler im Verein mit den Zwangsrekrutierten auf die Beine zu bringen, welche die Demission der Regierung verlangen sollte. N. Molling, Die Affäre Albert Wingert, Escher Tageblatt, 5. August 1946: „Wir haben in der Affaire Wingert einiges Neue in Erfahrung gebracht. Es stellt sich heraus, dass wir Recht hatten, am Samstag das Wort „Putschplan“ in Anführungszeichen zu bringen. Wingert arbeitete seit einigen Monaten daran, eine große Manifestation auf die Beine zu bringen, welche die Demission der jetzigen Regierung verlangen sollte. Dies ist in unserem freiheitlich-demokratischen Staat schließlich sein gutes Recht.“